

Tekla Szymanski

Notizen aus den USA II (2009)

Die ersten 100 Tage Präsident Barack Obamas im Weißen Haus fegten wie ein Wirbelsturm über uns hinweg. Tägliche Pressekonferenzen, unzählige Gesetzesänderungen und unermüdliche Anstrengungen, das seit acht Jahren herrschende politische Klima im Lande zu verbessern – es war atemberaubend. Obama und sein Team arbeiten hart, und darüber hinaus erfährt man jeden Tag neue Hiobsbotschaften aus der Wirtschaft. Als dann auch noch eine Grippepandemie zu den vielen Problemen dazukam, meinte Obama nur noch trocken, es sei doch jetzt fürs erste einmal genug.

Neben den internen politischen Veränderungen erkennt man auch schon, dass sich nicht nur die Außenpolitik Amerikas gegenüber Europa, dem Irak, Afghanistan, Kuba und Nordkorea ändern wird, sondern auch die Nahostfriedenspolitik unter der Obama-Administration eine andere sein wird als unter Bush. Nach dem Besuch Hillary Clintons im Nahen Osten im März scheint sicher, dass die Tage uneingeschränkter, fast kritikloser US-Politik gegenüber Israel gezählt sind. »Das Ringen zwischen den USA und Israel hat begonnen, und das ist gut so«, kommentiert die »New York Times«. »Israels Interessen schadet eine unkritische

Administration im Weißen Haus. Israel wurde geschwächt und sogar unbeliebter durch Washingtons bisherige »Israel-kann-nichts-falsch-machen«-Politik, die nach dem 11. September vorherrschte.«

Die Administration wird im ersten Jahr ihrer Amtsperiode von Israel mehr Abstriche und guten Willen gegenüber den Palästinensern verlangen als bisher. Der Friedensprozess und die diplomatischen Annäherungen an den Iran gehen dabei Hand in Hand. Israel und Amerika werden Auseinandersetzungen dabei nicht umgehen können. »Netanyahu als Begin, der Friedensstifter?« fragt die »New York Times«. »Nicht unmöglich. Ebenso Obama in Teheran. Vorausgesetzt, dass der Präsident auf beiden Fronten zugleich agiert.«

*

Die Wahl des ersten afroamerikanischen Präsidenten in den USA hat zu einem besorgniserregenden Zulauf zu rassistischen, neonazistischen und diversen Ablegern des Ku-Klux-Klan geführt. »Newsweek« berichtet, dass in der »Ära Obama«, also seit 2008, die Zahl sogenannter »hate groups« um vier Prozent auf 926 angestiegen ist; das

ist ein Zuwachs von 54 Prozent seit 2000. Dabei geben diese Gruppen nach außen hin einen weit moderateren Eindruck als bisher üblich, um neue Anhänger zu gewinnen. Diese sind nicht radikal oder Neonazis, sondern in erster Linie frustriert und wütend, weil sie ihre Arbeitsplätze wegen der Finanzkrise an Immigranten verloren haben oder einfach nur, weil sie gegen Präsident Obama sind. Die rassistischen Gruppen vermeiden bewusst Bilder von Swastika oder anderen Nazisymbolen, brennenden Kreuzen, weißen Roben und spitzen Mützen auf ihren Webseiten, um Erstbesucher nicht sofort abzuschrecken. Die Indoktrinierung verläuft unterschwellig und behutsam.

*

Der Prozess um die beiden AIPAC-Angestellten Keith Weissman und Steve Rosen, gegen die seit vier Jahren wegen Spionage für Israel ermittelt wird, scheint beendet. Die Anklage wurde einen Monat vor Beginn des geplanten Prozesses am 2. Juni aufgehoben. Damit geht eine turbulente Zeit der Spekulationen und Anschuldigen zu Ende, die in den letzten Wochen auch Mitglieder des Abgeordnetenhauses einbezog und zu Spannungen zwischen amerikanisch-jüdischen politischen Interessengruppen, die sich für Israels Belange einsetzen, und dem US-Geheimdienst führten.

Jetzt wurde bekannt, dass im Rahmen der Ermittlungen gegen die beiden Angestellten (sie wurden beschuldigt, geheime Dokumente über den Iran an Israel weitergeleitet zu haben), auch Gespräche abgehört und aufgezeichnet wurden zwischen einem Israeli und einer jüdischen demokratischen Kongressabgeordneten aus Kalifornien, die sich später jedoch als belanglos erwiesen. Die Episode ließ einen besorgniserregenden Trend erkennen: Das Ausmaß des Misstrauens der US-Geheimdienste gegenüber Israel und seinen amerikanisch-jüdischen Anhängern, das sogar das Abhören von Gesprä-

chen im US-Kongress möglich macht, aus Angst, geheime Dokumente von pro-Israel-Anhängern könnten nach Israel geschleust werden. »Das ist tief im System verwurzelt«, wurde ein offizieller Vertreter einer amerikanischen jüdischen Organisation im »Forward« zitiert, »und geht von unten bis ganz nach oben.« Auch ein ehemaliger israelischer Diplomat in Washington bestätigte das gegenüber dem »Forward«: »Wir wissen, dass wir beobachtet werden, dass man unsere Gespräche abhören könnte. Das sind unsere Arbeitsbedingungen.« Er glaube aber, dass dieses Misstrauen nur im Militär und im Geheimdienst verbreitet sei (besonders seit der Jonathan Pollard Spionageaffäre 1985) und nicht in politischen und diplomatischen Kreisen. Das Misstrauen ist gegen eine scheinbare doppelte Loyalität der amerikanischen Juden – zu Amerika und zu Israel – gerichtet, die zu Konflikten führen könne. »Würden wir wirklich für Israel gegen Amerika zur Waffe greifen?« fragte Roger Cohen vor kurzem in der »New York Times« in seinem Kommentar und bemängelte, dass eine Frage wie diese nie an andere ethnische und religiöse Minderheiten in den USA gestellt werde. »Das einzige, was die Befragten gemeinsam haben, sind ihre jüdischen Wurzeln.«

*

Bernard Madoff (den Rabbiner Marc Gellman kürzlich in einem Kommentar in »Newsweek« als »Finanzterroristen« beschimpfte, der darüber hinaus schuldig sei, »Antisemiten einen neuen Stereotyp« geliefert zu haben) wurde unter heftigem Beifall direkt vom Gerichtssaal ins Gefängnis abgeführt. Jetzt versucht man, das Ausmaß des Finanzschwindels aufzudecken, um die Opfer etwas zu entschädigen und um Madoffs Bestrafung zu ermessen. Die »New York Times« berichtete ausführlich, wie sehr ganz besonders gemeinnützige Organisationen in Israel durch den Madoff-Skan-

dal geschädigt wurden, die auf die Spenden der amerikanischen Juden bauten – Spenden, die jetzt ganz ausbleiben werden oder weit niedriger ausfallen. In Israel existieren mehr als 12.000 solcher Einrichtungen, die rund zehn Prozent aller Arbeitsplätze im Land ausmachen; das Land steht damit an vierter Stelle in der Welt. Die Krise in den USA hat einen wunden Punkt bei den israelischen Organisationen bloßgelegt: ihre große Abhängigkeit von Spendengeldern aus der Diaspora – bis zu zehn Prozent des Gesamtbudgets der meisten Organisationen, rund 1,5 Milliarden Dollar jährlich. Einige gemeinnützige Organisationen werden sogar zu 100 Prozent von privater Hand aus Amerika finanziert.

In Israel wird man sich jetzt fragen müssen, in welchem Maße die finanziellen Grundlagen solch wichtiger Einrichtungen für die Belange der Israelis weiterhin von Spenden aus der Diaspora abhängig gemacht werden sollten. Der Madoff-Skandal und seine Auswirkungen bieten eine Gelegenheit zur Umstrukturierung. Dazu kommt noch die Erkenntnis, dass junge amerikanische Juden künftig viel weniger als ihre Eltern für israelische Belange spenden könnten, weil sie sich weniger mit Israel identifizieren.

*

Die UJA-Federation, die größte jüdische Organisation in den USA, die hunderte von kleinen Organisationen im In- und Ausland unterstützt, baute jetzt massiv Stellen ab, etwas mehr als elf Prozent, um die Finanzkrise zu überstehen. In diesem Jahr hat die UJA rund zehn Prozent weniger Spendeneinnahmen als im Vorjahr zur Verfügung; der Stiftungsfonds der UJA hat 25 Prozent eingebüßt.

Auch die United Jewish Communities (UJC), die nationale Föderation jüdischer philanthropischer Einrichtungen, wurde von der Finanzkrise und dem Madoff-Skandal

schwer getroffen. Sie wird ihr Budget jetzt drastisch kürzen oder sich umorganisieren. Diese 1999 gegründete Dachorganisation – ein Zusammenschluss des Council of Jewish Federations, des United Jewish Appeal und des United Israel Appeal mit Sitzen in Jerusalem, New York, Los Angeles und Washington – könnte sogar ganz aufgelöst werden. Die UJC hatte 2008/9 noch ein Jahresbudget von 37 Millionen Dollar. Die Gelder werden direkt von den föderalen Teilnehmerorganisationen proportional zu deren Etat eingezahlt; diese stellen jetzt jedoch ihr verbliebenes Geld eher ihren Gemeinden zur Verfügung als der UJC. Die prekäre finanzielle Situation hat dazu geführt, dass sich nun einige größere private Föderationen zusammengeschlossen haben, um eine soziale uneigennützige Bewegung mit dem ambitiösen Namen »Repair the World« zu gründen. Ziel ist es, junge amerikanische Juden zu motivieren, sich für soziale Belange einzusetzen.

*

Mehr als 64 Jahre sind seit Kriegsende vergangen, und immer noch werden NS-Verbrecher aus den USA abgeschoben, die im Land jahrelang unbehelligt ein normales Leben führen durften und jetzt in Deutschland, Israel oder Österreich vor Gericht gestellt werden sollen.

Der mutmaßliche NS-Verbrecher John Demjanjuk aus Ohio, der schon 1993 in Israel angeklagt war, der berüchtigte »Iwan der Schreckliche« aus Treblinka zu sein (dann aber Mangels Beweise wieder freigelassen wurde), ist jetzt nach München überführt worden, um sich dort vor Gericht zu verantworten. Er wird beschuldigt, an der Ermordung von 29.000 Juden in Sobibor beteiligt gewesen zu sein. Schon vor einem Monat sollte der fast 90-Jährige überstellt werden, wurde aber wegen seines labilen Gesundheitszustandes vom Gericht für transportunfähig erklärt. In Sobibor hatte

der schlechte Gesundheitszustand der Häftlinge auf ihn nie einen Eindruck gemacht.

Ein anderer Fall ist der 83-jährige Josias Kumpf aus Wisconsin, der 1956 in die USA einwanderte und 1964 eingebürgert wurde. Kumpf wurde im April nach Österreich abgeschoben. Er hatte gestanden, Wachmann im »Arbeitslager« Trawniki gewesen zu sein und im November 1943 an der »Operation Erntefest« in Ostpolen teilgenommen zu haben, bei der 42.000 Juden innerhalb von zwei Tagen in drei Konzentrationslagern ermordet worden waren. In Trawniki hatte man 8.000 Männer, Frauen und Kinder getötet.

*

Tausende nahmen am 20. April an der Eröffnung des Holocaust-Museums in Skokie, Illinois, bei Chicago teil, darunter Bill Clinton und Elie Wiesel. Skokie, mit einem großen jüdischen Bevölkerungsanteil und vielen Holocaustüberlebenden, kam 1977 schon einmal in die Medien, als die Bewohner einen Aufmarsch von Neonazis verhinderten und damit im ganzen Lande eine erhitze Debatte entfachten, wie weit die Meinungsfreiheit von Neonazis gehen dürfe. Seitdem arbeitete eine private gemeinnützige Organisation, die »Holocaust Memorial Foundation of Illinois« (bestehend aus rund 30 Holocaustüberlebenden mit Sitz in einem kleinen Büro neben einer Kneipe in Skokie) daran, die Anwohner im Umkreis von Chicago durch kleine Ausstellungen und Besuche in Schulen über den Holocaust aufzuklären. Jahrzehntlang sammelten sie Spendengelder für den Bau eines Museums und Lehrzentrums über den Holocaust.

Zur feierlichen Eröffnung des 45 Millionen Dollar-Baus kamen auch jetzt wieder die Medien nach Skokie. Die Überlebenden in der Stadt und ihrer Umgebung haben zum zweiten Mal bewiesen, dass einfache Leute mit kleinen, aber resoluten Schritten triumphieren können. Das, so sagen sie, sei auch

die Lehre, die sie in ihren rund 2.000 aufzeichneten Zeugenaussagen, die im Museum archiviert sind, der jungen Generation hinterlassen wollen. »Die Überlebenden haben aus den Opfern Zeugen gemacht«, schreibt Michael Berenbaum im »Forward«, »und sie überlassen uns, die wir weder Holocaustüberlebende sind noch Nachfahren, ein wichtiges Erbe und eine große Verantwortung. Wir waren keine Zeugen; wir aber haben Zeugen des Holocaust gekannt. Nachfolgende Generationen werden das nicht mehr sagen können.«

*

Junge Juden werden spiritueller, so eine Umfrage. Dabei handelt es sich um zwei sehr unterschiedliche Gruppen. Die Studie der Organisation »Synagogue 3000« deckte auf, dass es zum einen die orthodoxen jungen Juden sind, die Spiritualität als einen wichtigen Anteil ihres Glaubens nennen. Zum anderen sind es ausgerechnet jene, die aus gemischten Elternhäusern kommen oder konvertiert sind. Die dritte Gruppe der Juden, die aus einem traditionell konservativen oder reformierten Elternhaus kommen, wo beide Eltern jüdisch sind, können am wenigsten etwas mit Begriffen wie Spiritualität, Leben nach dem Tod oder göttliche Intervention anfangen. Sie sind, so die Studie, weit weniger religiös im traditionellen Sinne als ihre christlichen Altersgenossen, und definieren ihre Religion ausschließlich über ihre Kultur, ihre Beziehung zu Israel und über jüdische soziale Netzwerke und Gemeinden. Dabei läuft der Trend zur Spiritualität bei Christen und Juden auseinander: Junge Juden sind spiritueller eingestellt als ältere; jungen Christen hingegen weniger als ihre Eltern und Großeltern.

*

Das jüdische satirische Monatsmagazin »Heeb« (heebmagazine.com) hat seine meist

jungen Leser zu einem bewusst geschmacklosen Schreibwettbewerb aufgefordert: eine erfundene Kurzgeschichte eines Holocaustüberlebenden zu verfassen. Die Idee war der Zeitschrift gekommen, nachdem sich in der letzten Zeit mehrere Memoiren von Holocaustüberlebenden als falsch oder übertrieben entpuppt hatten. Auf der »Heeb« Webseite reagierten die Leser auf den Wettbewerb teilweise mit Empörung, meist jedoch mit Humor. Die Zeitschrift erhielt jedoch so viele scharfe Leserbriefe und kritische Kommentare, dass man sich mit einer Erklärung an die Leser wandte: »Wir würden es verstehen, wenn man sich darüber aufgeregt hätte, wenn wir den Holocaust an sich verspottet

hätten. Aber wir prangern nur die erfundenen Erinnerungen an die Zeit an. Der Holocaust ist Teil der Geschichte, wir sollten an ihn erinnern, aber nicht jedem Bericht unkritisch und mit blinder Ehrfurcht begegnen. Wir protestieren gegen diejenigen, die sich nur mit dem Tod identifizieren können und nicht mit dem jüdischen Leben.« Am 21. April, am Holocaustgedenktag, wurde der Gewinner gekürt. Die Redakteure mussten eingestehen, dass die meisten Beiträge geschmacklos, billig und unlesbar waren. Gewonnen hat Maxim Biller. Seine Kurzgeschichte soll in der nächsten Ausgabe von »Heeb«, die das Thema »Deutschland« hat, abgedruckt werden.